

Das grenzüberschreitende EU-Vernetzungsprojekt „ENLARGE-NET“

Zur Zusammenarbeit kommunaler und regionaler Verwaltungen an einer neuen EU-Binnengrenze

Die Entwicklung gemeinsamer, grenzüberschreitender Vorhaben fällt den kommunalen und regionalen Verwaltungen an der neuen EU-Binnengrenze zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik noch schwer. Mit dem Projekt „ENLARGE-NET“ konnten die Vertrauensbasis und das gegenseitige Problemverständnis zwischen den Akteuren aus den Verwaltungen erweitert werden. Damit wurde die Basis für eine vertiefte Zusammenarbeit in der Zukunft gelegt. Dabei ist es vor allem notwendig, die Akteure für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu qualifizieren, entsprechende Ressourcen bereitzustellen und die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG so zu flexibilisieren, dass grenzüberschreitende Projekte leichter auf breiterer Basis möglich werden als bisher. Dieser Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes „ENLARGE-NET“ dar.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen an der neuen Binnengrenze der Europäischen Union (EU) zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik wurde mit der EU-Erweiterung im Mai 2004 weiter vereinfacht. Jedoch bestehen Kooperationshemmnisse fort, wie die Sprachbarriere, institutionelle Asymmetrien, knappe Ressourcen in den Verwaltungen sowie fehlende Rechtsgrundlagen etwa für die Gründung grenzüberschreitender Zweckverbände.

Mit der Förderung grenzüberschreitender Akteursnetzwerke verfolgt unter anderem die Europäische Kommission das Ziel, diese Kooperationshemmnisse zu überwinden und im informellen Rahmen durch das Zusammenführen von Akteuren aus Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen grenzüberschreitendes Handeln zu initiieren. Sie hat deshalb in den Jahren 2003 bis 2005 in einer grenzüberschreitend definierten Region aus Teilen Sachsens, Böhmens und Niederschlesiens das Projekt „ENLARGE-NET“ gefördert.

Dieser Beitrag vermittelt Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Begleitung dieses Projektes und widmet sich den folgenden Fragen: Welche Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurden im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum vorgefunden? Wie kann das Projekt „ENLARGE-NET“ charakterisiert werden, wer waren die Akteure und wie haben diese interagiert? Was waren Ergebnisse und Nutzen des Projektes aus Sicht der Projektbeteiligten? Welche Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die zukünftige Kooperation können abgeleitet werden?

Rahmenbedingungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Der deutsch-polnisch-tschechische Grenzraum weist große wirtschaftliche und strukturelle Unterschiede auf. Die wirtschaftlichen Disparitäten drücken sich beispielsweise in unterschiedlichen Arbeitslosenzahlen aus. So lag die Arbeits-

losenquote 2002 im nordböhmischen Bezirk Liberec (Reichenberg) bei 5,4 %¹, in der Wojewodschaft Niederschlesien jedoch bei 26,1 %, im Regierungsbezirk Chemnitz bei 20,6 % und im Regierungsbezirk Dresden bei 20,8 % (EU-KOM 2004: 190 f. und 200 f.).

Die Regionen unterscheiden sich auch in ihren politischen und administrativen Strukturen. Die drei Teilregionen haben seit der politischen Wende in den Jahren 1989/90 tief greifende und dabei unterschiedliche Wandlungsprozesse durchlaufen. Während die Verwaltungsstrukturen auf deutscher Seite seit 1990 – beziehungsweise nach der Kreisreform in Sachsen seit 1994 – bestehen, geht der jetzige Verwaltungsaufbau in Polen auf die Verwaltungsreform von 1999 zurück, während der Verwaltungsaufbau in der Tschechischen Republik erst 2002 erheblich verändert wurde (Dendewicz 2001: 10-15; Droth et al. 2000: 101-104; Ministerstvo pro Místí Pozvoj / ÚÚR 2002: 37-39).

Die damit verbundenen Umstrukturierungsprozesse führten und führen weiterhin zu einer erheblichen Personalfuktuation in den Verwaltungen. Ein kontinuierlicher Prozess des grenzüberschreitenden Vertrauensaufbaus wird somit erschwert, da Vertrauensgemeinschaften und Netzwerke auf persönlichen Kontakten basieren. Darüber hinaus sind in den Verwaltungen Unsicherheiten bezüglich der Legitimation des Handelns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu beobachten, die auf häufig wechselnde und wenig eingespielte Kompetenzen zurückzuführen sein können (Kunert 2005: 60f., Knippschild/Kunert 2005: 75).

Ein weiterer, die Kooperation behindernder Faktor sind die institutionellen Asymmetrien im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum. So stellen beispielsweise in der Tschechischen Republik die Regionen (*kraj*) die einzige Verwaltungsebene zwischen kommunaler und nationaler Ebene dar. In Deutschland gibt es hingegen mit Ländern, Regierungsbezirken, Planungsregionen und Landkreisen bis zu vier Zwischenebenen. Dies führt dazu, dass es bei der grenz-

überschreitenden Zusammenarbeit oftmals schwer fällt, die geeignete Partnerbehörde oder den geeigneten Ansprechpartner zu finden. Eine vollständig paritätische Besetzung von grenzüberschreitenden Gremien ist oftmals nicht zu gewährleisten. Dies verlangt von den beteiligten Akteuren, sich im Zweifelsfall im informellen Rahmen mit Partnern zu treffen, die nicht ihrem eigenen Rang entsprechen.

Initiierung, Struktur und Ziele des Projekts „ENLARGE-NET“

Hinter „ENLARGE-NET“ verbirgt sich der Projekttitel „Grenz-überschreitende Netzwerke zwischen Städten und Regionen in Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen zur Vorbereitung der EU-Erweiterung“. Dieses trilaterale Projekt entstand im Herbst 2002 auf Initiative der sächsischen Landeshauptstadt Dresden und dauerte von Mai 2003 bis Mai 2005. Finanziell unterstützt wurde das Vorhaben im Rahmen der „Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen“, welche die Europäische Kommission drei Jahre vor der EU-Erweiterung von 2004 initiiert hatte (CEC 2001). Diese Gemeinschaftsaktion zielte darauf ab, die Regionen an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten auf die EU-Erweiterung vorzubereiten.

Am Projekt waren Partner aus Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik beteiligt. Neben der Landeshauptstadt Dresden als Lead-Partner waren dies die Städte Wrocław (Breslau), Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe) und Chemnitz sowie das Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien, die Region Ústí nad Labem und das Regierungspräsidium Dresden. Außerdem beteiligt war das für die wissenschaftliche Begleitung zuständige Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR) mit Sitz in Dresden. Die Regionen Karlovy Vary (Karlsbad) und Liberec sowie das Regierungspräsidium Chemnitz partizipierten als assoziierte Projektmitglieder (vgl. Abb. 1).

Unterstützt wurde der Kommunikationsprozess durch eine koordinierende Geschäftsstelle, die im Europareferat der Landeshauptstadt Dresden mit einem hauptamtlichen Projektmanager eingerichtet wurde. Die Geschäftsstelle diente als zentrale Anlaufstelle für alle Projektteilnehmer



Abb. 1: Das Projektgebiet von ENLARGE-NET [Quelle: IÖR 2002]

und war für das Finanzmanagement, die organisatorische Begleitung der Arbeitsgruppen und die Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Den Kern des Projektes bildeten fünf Arbeitsgruppen zu den Themen

- Personalentwicklung und Verwaltungsmodernisierung,
- Soziales und Migration,
- Regionalplanung, Infrastruktur und Verkehr,
- Umwelt und Katastrophenschutz sowie
- Wirtschaft und Tourismus,

die sich jeweils zu vier Workshops trafen. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Verwaltungen wurden gezielt Experten aus Fachbehörden, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen zur Mitwirkung eingeladen. Alle Zusammenkünfte im Projekt wurden konsekutiv in die drei Sprachen gedolmetscht, wodurch sich die tatsächlichen Beratungs- und Diskussionszeiten auf ein Drittel verkürzt haben. Ebenso mussten alle schriftlichen Dokumente übersetzt werden.

Die Arbeitsgruppen wurden mit einer Ausnahme von bilateralen deutsch-polnischen oder deutsch-tschechischen Teams geleitet. Die Geschäftsstelle sollte die Arbeitsgruppenleiter – die ihre Funktion im Rahmen von „ENLARGE-NET“ zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben zu erfüllen hatten – soweit wie möglich von organisatorischen Aufgaben entlasten. Die wissenschaftliche Begleitung durch das IÖR beinhaltete die Moderation der Arbeitsgruppentreffen, die methodische Beratung der Akteure und die Evaluation des Kooperationsprozesses². Mit dem Projekt „ENLARGE-NET“ sollte eine Plattform geschaffen werden, die den Verwaltungsmitarbeitern zunächst zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Austausch über Informationen zu Verwaltungsstrukturen und -verfahren dient. Außerdem war es ein Ziel, gemeinsame Analysen, Strategien und Folgevorhaben zu erarbeiten, die über die Projektlaufzeit hinaus die Zusammenarbeit mit Leben erfüllen würden. Während des Prozesses sollten weitere zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden werden.

Die erste, zur Mitte der Projektzeit durchgeführte Fragebogen-Vollerhebung hat gezeigt, dass sich die im Projektantrag formulierten Ziele im Wesentlichen mit den Erwartungen der Akteure deckten. Die wichtigsten Ziele der Projektbeteiligten waren, neue Kontakte zu knüpfen, Informationen über mögliche Ansprechpartner sowie Verwaltungsstrukturen und -verfahren in den Nachbarländern zu gewinnen und gemeinsame Folgeprojekte zu entwickeln und umzusetzen. Das Ziel, Informationen über die Auswirkungen der EU-Erweiterung zu erhalten, hatten uneingeschränkt nur ca. 50 % der Projektbeteiligten (vgl. Abb. 2).

Die Akteure im Projekt „ENLARGE-NET“

Von den jeweils durchschnittlich 20 Workshop-Beteiligten kamen 61 % aus Politik oder Verwaltung und 15 % aus sonstigen öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Hoch-

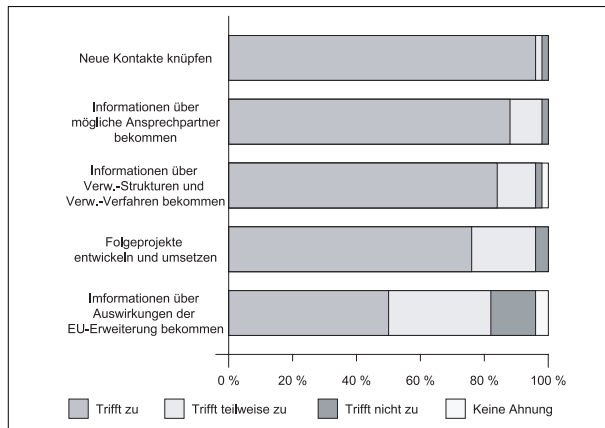


Abb. 2: Antworten auf die Frage „Welche Erwartungen hatten Sie zu Beginn des Projektes ENLARGE-NET?“ [Erhebung vom Frühjahr 2004; n = 120; eigene Darstellung]

schulen. Weitere Arbeitsgruppen-Mitglieder kamen aus der Privatwirtschaft (10 %), aus Nichtregierungsorganisationen (9 %) oder waren nicht eindeutig zuzuordnen (5 %). Damit gehörten 76 % aller beteiligten Akteure dem öffentlichen Sektor an.

Insgesamt war eine starke Fluktuation der an den Workshops Teilnehmenden zu verzeichnen. So hatten nur 53 % der Beteiligten der zweiten Workshop-Serie auch bereits am ersten Workshop der jeweiligen Arbeitsgruppe teilgenommen. Lediglich 17 % der Akteure wurden für „ENLARGE-NET“ von anderen Aufgaben in ihrer Alltagsarbeit befreit. Für die Übrigen stellte „ENLARGE-NET“ eine Zusatzbelastung dar. Die knapper werdenden personellen Ressourcen in den Verwaltungen wirkten sich hinderlich auf den Projektverlauf aus.

58 Prozent der Arbeitsgruppen-Mitglieder der zweiten Workshop-Serie hatten bereits vor ihrer Beteiligung an „ENLARGE-NET“ grenzüberschreitende fachliche Kontakte in eines der anderen beiden teilnehmenden Länder. Allerdings bezogen sich diese früheren Kontakte überwiegend auf den Informationsaustausch und auf die Zusammenarbeit im Rahmen von Verwaltungsverfahren. Nur ein gutes Drittel aller Befragten hatte bereits in Projekten grenzüberschreitend kooperiert.

Auf die Gleichberechtigung der beteiligten Akteure wurde im Projekt besonders Wert gelegt. Die drei Nationen waren in etwa gleichgewichtig vertreten. Der Aussage „Alle Nationalitäten können sich gleichberechtigt einbringen“ stimmten in einer der Befragungen 78 % der Befragten ganz und weitere 18 % teilweise zu.

Anders als in vielen westeuropäischen Grenzregionen gibt es in Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen keine Lingua franca. In der ersten Fragebogen-Erhebung hat sich herausgestellt, dass niemand der teilnehmenden Polen und Deutschen Tschechisch spricht, nur 4 % der teilnehmenden Tschechen und Deutschen Polnisch sprechen, 24 % der teilnehmenden Tschechen und Polen aber Deutsch und 41 % aller Teilnehmer Englisch sprechen. In der Regel war daher ohne Dolmetscher keine Verständigung möglich.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer standen zum ersten Mal vor der Aufgabe, Themen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu identifizieren und bis zur Antragsreife zu entwickeln. Daher verfügte nur ein kleiner Teil der Arbeitsgruppen-Mitglieder über die notwendigen *soft skills*, die für die gemeinsame Konzipierung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte erforderlich sind. Damit sind neben Sprachkenntnissen und interkultureller Kompetenz vor allem Erfahrungen in der Planung von Projekten und der Erarbeitung von Fördermittelanträgen gemeint.

Die Transaktionskosten der Zusammenarbeit waren im Projekt „ENLARGE-NET“ hoch. Dies lag nicht nur an den unterschiedlichen Sprachen und dem Bedarf an Dolmetschern, sondern auch an der Ausdehnung des Kooperationsraums³. Aufgrund des konsekutiven Dolmetschens stand auch bei mehrtägigen Veranstaltungen nur relativ wenig Diskussionszeit zur Verfügung. Allerdings war auch zu beobachten, dass dank der mehrtägigen Treffen die Gelegenheit bestand, sich außerhalb der Verhandlungssituation kennenzulernen und persönliche Kontakte und Freundschaften zu knüpfen. So waren nach Einschätzung der an den Workshops Beteiligten die informellen Kontakte am Rande der Workshops und Konferenzen der wichtigste von fünfzehn Faktoren, die den Projektverlauf positiv beeinflusst haben.

Viele grenzüberschreitende Aufgaben sind nicht allein mit Verwaltungsmitarbeitern zu bewältigen, sondern erfordern die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure. In den „ENLARGE-NET“-Arbeitsgruppen haben jedoch nur wenige Akteure mitgewirkt, die keiner Verwaltung angehörten. Da die meisten an Arbeitsgruppen Beteiligten hingegen aus Verwaltungen kamen und ihre Aufgaben in diesem Projekt – wie bereits erwähnt – neben ihren sonstigen Pflichten wahrnehmen mussten, aber auch aufgrund des in allen beteiligten Verwaltungen herrschenden Rationalisierungsdrucks waren die Handlungsspielräume begrenzt. Für Verwaltungen gibt es – anders als z. B. für private Beratungsunternehmen – kaum Anreize, grenzüberschreitende Kooperationsprojekte aktiv zu entwickeln. Eine Ausnahme stellen solche grenzüberschreitenden Projekte dar, die die Erfüllung von Pflichtaufgaben erleichtern und somit zur Reduzierung der Arbeitsbelastung beitragen.

Ergebnisse von „ENLARGE-NET“

In den Workshops der Arbeitsgruppen, die zwischen September 2003 und April 2005 stattfanden, wurden rund 20 Folgeprojekte entwickelt, von denen bislang nur ein kleiner Teil umgesetzt wurde oder bereits eine Förderzusage aus anderen europäischen Programmen erhalten hat⁴. Die Entwicklung von gemeinsamen, antragsreifen Projekten gestaltete sich schwieriger als erwartet. Einerseits wurde seitens der Geschäftsstelle ein hoher Erwartungsdruck aufgebaut. Andererseits hat sich herausgestellt, dass es auf-

grund der unterschiedlichen Sprachen und Verwaltungsstrukturen sowie unzureichender Informationsgrundlagen teilweise schwer fiel, in der insgesamt kurzen Beratungszeit während der Workshops geeignete gemeinsame Projektvorschläge zu erarbeiten. Dies hat zeitweise zu Frustrationen geführt. Außerdem ist deutlich geworden, dass die Akteure aus den drei Ländern teilweise unterschiedliche Prioritäten setzen und mitunter gegenläufige Interessen verfolgen. Trotz intensiver Bemühungen konnten kaum Themen ermittelt werden, die das gesamte „ENLARGE-NET“-Gebiet betrafen, für die die beteiligten kommunalen und regionalen Akteure zuständig waren und bei denen dringender grenzüberschreitender Handlungsbedarf bestand.

Je konkreter die Projektvorschläge der Arbeitsgruppen wurden, desto stärker ist deutlich geworden, dass der räumliche Zuschnitt des „ENLARGE-NET“-Gebiets nicht zu den Gebietskulissen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG passt, die das wichtigste Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellt. Die Förderkulisse von INTERREG IIIA ist deutlich kleiner als das „ENLARGE-NET“-Gebiet und beinhaltet beispielsweise nicht die Stadt Wroclaw. Die Ausrichtung von INTERREG IIIB erfordert hingegen einen transnationalen Bezug, das heißt die Einbeziehung von Regionen aus verschiedenen, auch weiter entfernt liegenden europäischen Ländern, wodurch sich der Organisationsaufwand deutlich erhöhen würde und womit man den Bedürfnissen der Akteure in dieser Region in der Regel nicht hätte gerecht werden können. Die Ausrichtung von INTERREG IIIC ist aus ähnlichen Gründen ebenfalls nicht für die Förderung der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit geeignet.

Aus Sicht der Arbeitsgruppen-Mitglieder wurden laut der zweiten Fragebogen-Vollerhebung die Projektziele – Informationen über Verwaltungsstrukturen und mögliche Ansprechpartner in den Nachbarländern zu gewinnen sowie neue Kontakte zu knüpfen – bereits in der ersten Projekthälfte weitgehend erreicht. Lediglich die Erwartung, gemeinsame Projekte zu entwickeln, hat sich nur bei ca. 20 % der Befragten voll erfüllt (vgl. Abb. 3).

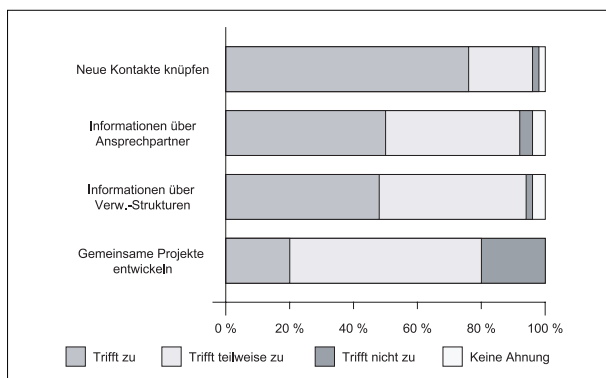


Abb. 3: Antworten auf die Frage: „Inwieweit haben sich Ihre Erwartungen bislang erfüllt?“ [Erhebung vom Frühjahr 2005; n = 73; eigene Darstellung]

Das Ziel, ein „Netz der Netze“ (das heißt eine Verbindung aller im „ENLARGE-NET“-Gebiet bereits bestehenden grenzüberschreitenden Netzwerke) und wirklich dauerhafte Kooperationsstrukturen zu schaffen, konnte in der vergleichsweise kurzen Zeit von zwei Jahren nicht erreicht werden. Es konnten sich jedoch verschiedene kleine, gut funktionierende Teil-Netzwerke etablieren. Solche Netzwerke bestehen auf der Ebene der Bürgermeister, zwischen den Mitgliedern der Koordinierungsgruppe und auf fachlicher Ebene, wo sich in vielen Fällen kleinere Gruppen von Experten mit ähnlichen Interessen zusammengefunden haben.

Neben den wenigen Folgeprojekten hat „ENLARGE-NET“ weitere, eher „weiche“ Ergebnisse vorzuweisen, die das Vertrauen und die Kommunikation zwischen den Akteuren betreffen und die für die zukünftige Zusammenarbeit von Bedeutung sind. So beurteilen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops den Nutzen des Projektes weitgehend positiv. Die Projektbeteiligten gaben an, dass sich die Vertrauensbasis erweitert habe, sie ein besseres Problemverständnis erlangt hätten und sich nun sicherer bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fühlten. Immerhin 80 % der Befragten stimmten der Aussage teilweise zu, dass sie ihre Alltagsaufgaben nun besser bewältigen können (vgl. Abb. 4). Diese Ergebnisse müssen für die zukünftige, vertiefte Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Regionen und Städten als bedeutend eingestuft werden, da ein besseres Problemverständnis und eine erweiterte Vertrauensbasis wichtige Voraussetzungen für grenzüberschreitende Kooperation sind (vgl. Bierhoff 1991: 27f., Knippschild und Kunert 2005: 69).

Schlussfolgerungen für die zukünftige Kooperation

Das Projekt „ENLARGE-NET“ hat dazu beigetragen, dass sich die Vertrauensbasis zwischen den Projektbeteiligten erweitert hat und sich ein gemeinsames Problemverständnis aufbauen konnte. Durch einen sichereren Umgang zwischen

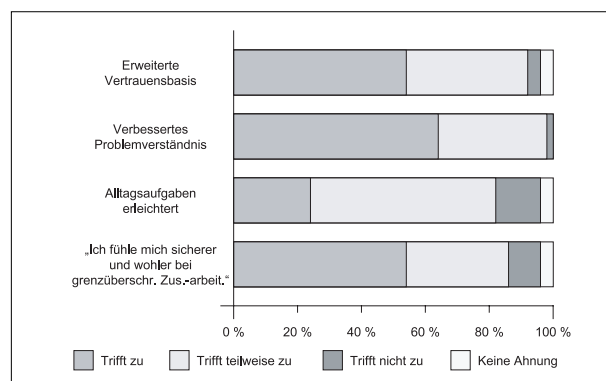


Abb. 4: Antworten auf die Frage: „Wie beurteilen Sie insgesamt den Nutzen des Projekts ENLARGE-NET für die grenzüberschreitende Kooperation und für Ihre tägliche Arbeit?“ [Erhebung vom Frühjahr 2005; n = 73; eigene Darstellung]

- Anzeige -

den Akteuren aus den Nachbarländern konnte das Projekt die Basis für eine vertiefte Zusammenarbeit in der Zukunft legen.

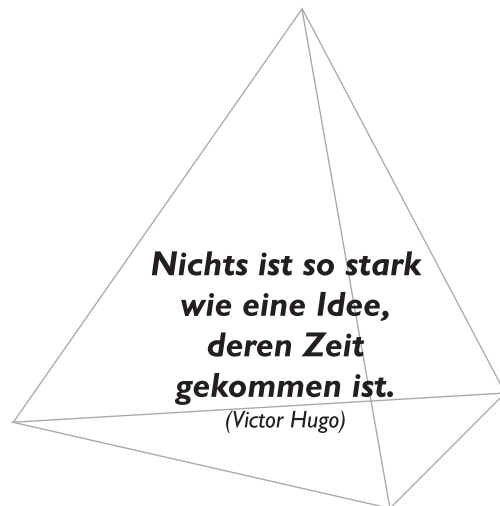
Dennoch hat sich gezeigt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an dieser neuen EU-Binnengrenze auf der Ebene der öffentlichen Verwaltungen aufgrund der schwierigen Ausgangslage und der erheblichen sozioökonomischen Unterschiede noch schwierig und langwierig ist. Eine Projektlaufzeit von zwei Jahren ist verhältnismäßig kurz, um beispielsweise antragsreife Projekte gemeinsam zu entwickeln. Der zu Beginn des Kooperationsprozesses notwendige Aufbau von Vertrauensgemeinschaften, funktionsfähiger Netzwerke und eines gemeinsamen Problemverständnisses benötigt viel Zeit.

Ebenso schwierig ist daher die Bewertung der Ergebnisse nach Abschluss und während eines solchen Vernetzungsprojektes. Einerseits ist insbesondere zu Beginn des Kommunikationsprozesses eine zu hohe Erwartungshaltung an die Ergebnisse des Projektes zu vermeiden. Andererseits verlangen insbesondere die projektverantwortlichen Entscheidungsträger schnell nachweisbare Ergebnisse zur Legitimation der eingesetzten finanziellen und personellen Ressourcen. Daher ist zu Beginn grenzüberschreitender Kooperationsprojekte darauf zu achten, realistische Ziele und Ergebnisse zu verfolgen.

Die Ziele und Aufgaben sollten zunächst nicht zu eng definiert werden, sodass den Akteuren Gestaltungsspielräume bleiben. Die inhaltliche Arbeit hat deutlich gemacht, dass es ungünstig ist, Kooperationsthemen „von oben“ vorzugeben, wie im Falle von „ENLARGE-NET“ geschehen. Es ist zu empfehlen, für neue Themen offen zu bleiben. Darüber hinaus müssen gemeinsame Vorhaben nicht unbedingt trilateral angelegt sein und den gesamten Kooperationsraum betreffen. Viele Themen sind bilateral oder auf relevante Teilbereiche beschränkt besser zu bearbeiten.

Die Akteure in den Verwaltungen müssen in Zukunft besser zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befähigt werden. Dazu zählt zum einen die Bereitstellung der notwendigen zeitlichen Ressourcen. Diejenigen Akteure, die intensiv in die Prozesse eingebunden sind, sollten von anderen Aufgaben entlastet werden. Außerdem sind Engagement und Wertschätzung für die grenzüberschreitende Arbeit in den politischen Führungsebenen notwendig. Zum anderen sind es die *soft skills*, mit denen die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ausgestattet werden sollten. Dazu zählen neben Sprachkenntnissen auch interkulturelle Kompetenz sowie Kenntnisse in der Planung von Projekten und der Erarbeitung von Fördermittelanträgen.

Die bestehenden Staatsverträge bieten bisher eine hinreichende rechtliche Grundlage für die grenzüberschreitende Kooperation im „ENLARGE-NET“-Gebiet. Auf mittlere Sicht ist aber ein trilateraler Staatsvertrag erstrebenswert –



Der Planungsinformations- und Beteiligungsserver (PB4)

**Erfolgreich Planung im Internet präsentieren -
Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung einladen**

**Bürgerorientierung heißt auch,
die Bevölkerungsgruppen mit einzubeziehen,
die konventionelle Möglichkeiten
nicht wahrnehmen können!**

TöB-Modul:

**Träger öffentlicher Belange
online informieren und beteiligen -
bei konsequenter Anwendung
spart dies mehr Geld,
als die Nutzung des PB4 kostet!**

**Weitere Informationen unter
<http://www.tetraeder.com/pb4>**



tetraeder.com gmbh
Westenhellweg 103-105
44137 Dortmund

Tel.: 0231 / 189 17 17
Fax: 0231 / 189 17 18
E-Mail: info@tetraeder.com

analog dem Karlsruher Übereinkommen, welches den Abschluss grenzüberschreitender Verträge auf kommunaler Ebene sowie die Gründung von Zweckverbänden zwischen Partnern in Deutschland und drei seiner westlichen Nachbarstaaten ermöglicht. Sein Fehlen behindert die Zusammenarbeit im „ENLARGE-NET“-Gebiet vor allem deshalb noch nicht, weil die Kooperation zumindest auf der regionalen Ebene bisher nicht das Reifestadium erreicht hat, das die Schaffung formaler, eng gekoppelter grenzüberschreitender Strukturen erforderlich machen würde. Zunächst besteht die Herausforderung der Zusammenarbeit zwischen Partnern in Sachsen, Nordböhmen und Niederschlesien darin, die bestehenden bi- und trilateralen Initiativen besser miteinander zu verknüpfen und gemeinsame Themen zu konkretisieren. Langfristig sollten Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts und Verträge über Staatsgrenzen hinweg möglich sein, die eine grenzüberschreitende Wahrnehmung kommunaler Pflichtaufgaben ermöglichen.

Wichtig erscheint außerdem die flexiblere Ausgestaltung der Fördergebietskulisse der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA, damit auch Projekte gefördert werden können, die sich auf großräumiger definierte Grenzregionen beziehen. In der 2007 beginnenden neuen Förderperiode der Europäischen Strukturprogramme sollten außerdem die Umsetzungsmodalitäten so gestaltet werden, dass für bi- oder trilaterale Projekte ein gemeinsamer grenzüberschreitender Antrag gestellt werden kann, der es gestattet, die Gelder anschließend auf ein entsprechendes Partnerkonsortium mit Beteiligten in mehreren Ländern zu verteilen. Bisher sind bei grenzüberschreitenden INTERREG IIIA-Projekten getrennte Anträge nach Land und Programm notwendig. Für trilaterale Projekte im „ENLARGE-NET“-Gebiet sind daher aufgrund der unterschiedlichen INTERREG IIIA-Programme (sächsisch-polnisch, sächsisch-tschechisch und polnisch-tschechisch) bis zu sechs Anträge erforderlich.

Anmerkungen

- 1 Dieser Wert bezieht sich auf die tschechische NUTS-II-Einheit Severovýchod, die auch die Bezirke Hradec Kralove (Königrätz) und Pardubice (Pardubitz) umfasst.
- 2 Die für die Evaluation erforderlichen Informationen wurden aus der teilnehmenden Beobachtung, aus zwei fragebogen-gestützten Vollerhebungen unter allen an den Arbeitsgruppen-Workshops Teilnehmenden sowie aus etwa zwanzig leitfadengestützten Interviews gewonnen.
- 3 Das „ENLARGE-NET“-Gebiet ist im Vergleich mit anderen Kooperationsräumen in Europa sehr groß (West-Ost-Ausdehnung: ca. 400 km). Aufgrund der insbesondere in ländlicheren Regionen noch verbesserungsbedürftigen Verkehrsverbindungen kann es innerhalb des Kooperationsraums zu Reisezeiten von bis zu sechs Stunden kommen.
- 4 Während der Projektlaufzeit konnten zwei Folgeprojekte erfolgreich beantragt und begonnen werden (EU-MED-EAST – Regional cross border networking in the health and social sector; EURES Saxonia-Silesia-Bohemia – Informationsnetzwerk zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Mobilität in der Wirtschaftsregion Sachsen-Niederschlesien-Nordböhmen).

Literatur

- Bierhoff, H. W.: Soziale Motivation kooperativen Verhaltens. In: Wunderer, Rolf (Hg.): Kooperation. Gestaltungsprinzipien und Steuerung der Zusammenarbeit zwischen Organisationseinheiten. Stuttgart 1991, S. 21-38
- CEC (= Commission of the European Communities): Communication from the Commission on the impact of the enlargement on regions bordering candidate countries. Community action for border regions. Brüssel 2001
- Dendewicz, S.: Bestandteile des Regionalplanungssystems und die Raumplanung in Polen. In: Bulletin des niederschlesisch-sächsischen Grenzgebietes 1/2001, S. 7-16
- Droth, A./Grimm, F.-D./Haase, A.: Polen aktuell. Daten – Fakten – Literatur, Band 6. Leipzig 2000
- EU-KOM (= Europäische Kommission): Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Luxemburg 2004
- Knippschild, R./Kunert, M.: Kommunikation und Beteiligung bei der grenzüberschreitenden Leitbildentwicklung in Görlitz/Zgorzelec. In: Friedrich, K./Knippschild, R./Kunert, M./Meyer-Künzel, M./Neumann, I. (Hg.): Zwei Grenzstädte wachsen zusammen – Im Zukunftsdialo g zur Europastadt Görlitz/Zgorzelec. München 2005, S. 65-79
- Knippschild, R./Liebe, J.: Umweltorientiertes Regionalmanagement in Grenzräumen. IÖR-Schriften, Band 44. Dresden 2004
- Kunert, M.: Grenzüberschreitende Elitenetzwerke für die gemeinsame Entwicklung einer geteilten Grenzstadt. In: Friedrich, K./Knippschild, R./Kunert, M./Meyer-Künzel, M./Neumann, I. (Hg.): Zwei Grenzstädte wachsen zusammen – Im Zukunftsdialo g zur Europastadt Görlitz/Zgorzelec. München 2005, S. 49-64
- Leibenath, M./Knippschild, R.: ENLARGE-NET – Zweiter Evaluierungsbericht. Dresden 2004. (Verfügbares Online-Dokument : <http://enlarge-net.dresden.de/enlarge-net/de/a1/b1/PDF/Evaluierung2.pdf>; letzter Zugriff: 20.04.2005)
- Leibenath, M./Knippschild, R.: ENLARGE-NET – Vierter Evaluierungsbericht. Dresden 2005. (Verfügbares Online-Dokument: <http://enlarge-net.dresden.de/enlarge-net/de/a1/b1/PDF/Evaluierung4.pdf>; letzter Zugriff: 05.06.2005)
- Leibenath, M./Knippschild, R.: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Euphorie und Alltagsroutinen. Schlussfolgerungen der wissenschaftlichen Begleitung des EU-Projektes ENLARGE-NET. In: Landeshauptstadt Dresden: Bilanz und Perspektiven. ENLARGE-NET-Abschlussbericht. Dresden 2005, S. 34-37 (Verfügbares Online-Dokument: <http://enlarge-net.dresden.de/enlarge-net/pl/a1/b1/PDF/Abschlussbrochuere.pdf>; letzter Zugriff: 02.09.2005)
- Leibenath, M./Knippschild, R.: ENLARGE-NET. Erster Sachstandsbericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Dresden 2004 (Verfügbares Online-Dokument: <http://ENLARGE-NET.dresden.de/>; letzter Zugriff: 06.11.2004)
- Landeshauptstadt Dresden: ENLARGE-NET (Website-Link); siehe: <http://ENLARGE-NET.dresden.de/de/a6/b1/frame>. (letzter Zugriff: 06.11.2004)
- Ministerstvo pro Místní Pozvoj/ÚÚR (= Ústav Územního Rozvoje) (Hg.): Town and Country Planning in the Czech Republic. Prag 2002

Robert Knippschild (Dipl.-Ing. Raumplanung) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR) in Dresden.
Dr.-Ing. Markus Leibenath (Dipl.-Ing. Landespflege) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am selben Institut. ■